



# STADT RADEBEUL

## - DER OBERBÜRGERMEISTER -

<b>X</b>	<b>Beschlussvorlage</b>
	<b>Mitteilung über Eilentscheidung</b>
	<b>Informationsvorlage</b>

**Vorlagenr.:** SR 05/14-09/14  
**Gremium:** Stadtrat  
**federführendes Amt:** Kämmerei

<b>Stand des Verfahrens:</b>					
<b>Gremium:</b>	<b>Stadtrat</b>			<b>Sitzungstermin:</b>	<b>22.01.2014</b>
<b>Beratungsstatus:</b>	<b>X</b>	zur Beschlussfassung		<b>Öffentlichkeit:</b>	<b>X</b> öffentlich
		zur Vorberatung			nichtöffentlich

<b>Beschlussfassung:</b>				 Siegel, Unterschrift		
<b>abgestimmt am:</b>	<b>22.01.2014</b>	<b>ausgefertigt am:</b>	<b>03.02.2014</b>			
<b>stimmberechtigte Mitglieder:</b>			<b>35</b>			
<b>davon anwesend:</b>	<b>28</b>	<b>Nichtteilnahme:</b>	<b>0</b>			
<b>dafür:</b>	<b>28</b>	<b>dagegen:</b>	<b>0</b>			<b>Enthaltungen:</b>

**Gegenstand der Vorlage:**

Aufhebung des Grundsatzbeschlusses für Niederschlagungen bei Aussetzung der Vollziehung

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat hebt den Grundsatzbeschluss vom 18.10.2006, der die Verwaltung ermächtigte, bei Aussetzung der Vollziehung gem. § 361 Abgabenordnung den Betrag unabhängig von der Höhe befristet bis zur rechtskräftigen Entscheidung niederzuschlagen, auf.

**rechtliche Grundlagen:**

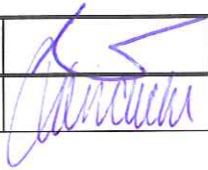

- § 4 Hauptsatzung
- § 38 Abs. 4 SächsKomHVO-Doppik

<b>bisheriger und weiter vorgesehener Verfahrensgang:</b>							
<b>Gremium</b>	<b>Datum</b>	<b>ö./nö.</b>	<b>Beratungsempfehlung</b>			<b>Änderung Beschlussvorschlag</b>	
			<b>Dafür</b>	<b>Dagegen</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>ja</b>	<b>nein</b>
VFA	08.01.2014	nö.	7	0	0		x
SR	22.01.2014	ö.	28	0	0		x

Fassung vom: 14.01.2014

Dateiname : SR 05/14 Jan\_Aufhebung Grundsatzbeschluss für Niederschlagungen bei AdV

**Angabe der finanziellen Auswirkungen:**

finanzielle Auswirkungen:		ja	X	nein
<b><u>Bestätigung:</u></b>	Mitzeichnung federführendes Amt:		Datum:	14.07.2014
	Mitzeichnung Geschäftsbürgermeister:		Datum:	14.07.14

  
Wendsche

**Begründung:**

Eine Aussetzung der Vollziehung ist nach § 361 Abs. 2 Abgabenordnung auf Antrag zu gewähren, wenn ernsthafte Zweifel an der Rechtmäßigkeit eines mit Widerspruch angefochtenen Verwaltungsaktes bestehen.

Wird die Vollziehung eines Grundlagenbescheides durch das Finanzamt ausgesetzt, ist auch die Vollziehung eines Folgebescheides auszusetzen.

Im kameralen Rechnungswesen wurde bisher eine Bereinigung der Sollstellungen in Form einer befristeten Niederschlagung um die Höhe der zur Vollziehung ausgesetzten Steuerforderungen vorgenommen, um einen realistischen Jahresabschluss darzustellen. Der Stadtrat wurde darüber einmal jährlich über die Gesamtsumme der ausgesetzten Forderungen informiert.

Diese Verfahrensweise hat sich mit der Umstellung des kommunalen Rechnungswesens auf die Doppik ab 2013 geändert.

Gemäß § 38 Abs. 4 SächsKomHVO-Doppik sind Forderungen nur mit einem Nominalbetrag anzusetzen, welche werthaltig sind. Daraus ergibt sich die Pflicht, auf ausgesetzte Forderungen eine Wertberichtigung durchzuführen.

Diese Wertberichtigung erfolgt über entsprechende Korrekturposten in der Buchhaltung, welche im Rahmen der Erstellung der Bilanz mit den Forderungskonten bestandsmindernd verrechnet werden.

Diese Wertberichtigungen werden im Rechenschaftsbericht bzw. Anhang zur Bilanz entsprechend dargestellt und erläutert, so dass künftig eine separate Berichterstattung an den Stadtrat entbehrlich ist.



